



„Demokratie braucht Bildung“ – aber welche?

Von Peter J. Brenner,
Institut für Medienevaluation, Schulentwicklung und Wissenschaftsberatung (IMSW)

Ist es wirklich so schlimm?

„Demokratie braucht Bildung“: Das war das Motto der Jahreshauptversammlung des Bayerischen Philologenverbandes im November 2018 in Deggendorf. Die in den Reden und Grußworten des Festaktes angesprochene Palette der politischen Themen reichte weit – von Donald Trump und dem Brexit bis hin zur Hochwasserbekämpfung bei den Unterliegern der Donau. Die unabweisbaren Zusammenhänge zwischen Demokratie und Bildung wurden hier handgreiflich deutlich. Volker Ladenthin hat sie beim jüngsten Bodenseetreffen erläutert.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen muss der nächste Schritt folgen: Die Erörterung der Frage, wie die Bildung aussieht, mit welcher die deutsche Schule im Allgemeinen und das bayerische Gymnasium im Besonderen ihren Beitrag zur Stabilisierung und zur Weiterentwicklung der Demokratie leisten können.

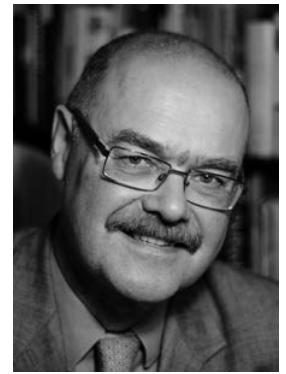
In Deutschland ist das Klassenzimmer aus gutem Grund als pädagogischer Schutz und Schonraum definiert. Die Schule soll auf die Gesellschaft vorbereiten und ist insofern kein gesellschaftsfreier Raum, aber doch ein Raum, in den die Probleme

ausgefallen. Dieser KMK-Beschluss ist ein missratenes Dokument der Ratlosigkeit. Das verrät schon der umständliche und fast unverständliche Titel: „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule“. Der Beschluss ist eine wahllose Aneinanderreihung von Hochwertbegriffen als Wertzielbestimmungen, kombiniert mit kunterbunten Maßnahmenkatalogen, die sich an Lehrer, Schulen und Schulbehörden richten. Es ist schwer zu sagen, worauf dieses wortreiche Dokument hinaus will, und es ist schwer erkennbar, aus welchem Anlass die alte Version von 2009 gerade jetzt neu gefasst wurde.

Denn eigentlich ist das Feld doch gut bestellt: Die Demokratie in Deutschland ist stabil, die extremen Parteien spielen, allen Unkenrufen zum Trotz, bei Wahlen nur eine marginale Rolle, und in manchen Bundesländern sind sie sogar durch Regierungsbeteiligungen domestiziert. Und wenn Amerikaner anders wählen und Briten anders abstimmen, als man sich das in Deutschland so wünscht, dann wird man das durch KMK-Beschlüsse auch nicht ändern können. Ob die deutsche Demokratie auch dann stabil bleiben wird, wenn die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert und grundlegende gesellschaftliche Konflikte nicht mehr mit Geld gelöst werden können, steht auf einem anderen Blatt. Dann wird sich in der Tat zeigen, ob das „Wertesystem“, an dem sich nach KMK-Vorstellungen die Kinder und Jugendlichen orientieren sollen, tragfähig genug ist.

„Werteerziehung“ – ein Königsweg zur Demokratie?

Denn mit den Werten ist es so eine Sache. Zwar scheint es keinen Zweifel daran zu geben, welche Werte vermittelt werden sollen und dass Werte überhaupt vermittelt werden können. „Werteerziehung“ gilt als pädagogische Zauberformel, wenn in der Gesellschaft etwas schief zu laufen droht. Die Selbstverständlichkeit aber, mit der heute über „unsere Werte“ oder ein „Wertesystem“ gesprochen wird, verdeckt den historischen Befund, dass sich aus dem „Polytheismus der Werte“, wie der Religionssoziologe Ernst Troeltsch das 1922 in einer glücklichen Wendung genannt hat, als einem Krisenphänomen der Moderne schlecht ein „Wertesystem“ für die Postmoderne ableiten lässt. Die Philosophie überlässt seitdem die „Wertediskussion“ lieber den Meinungsforschern und ihrem „World Values Survey“, aus dem dann wieder Politik und Medien ihren Honig saugen.



*Prof. Dr. Peter J. Brenner (*1953) studierte Philosophie, Germanistik, Erziehungswissenschaft und Komparatistik. Bis 2009 war er Professor für Neuere deutsche Literaturgeschichte an der Universität zu Köln. Von 2009 bis 2019 nahm er an der Technischen Universität München verschiedene Aufgaben wahr. Er ist Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.*
Kontakt: pj.brenner@imsw.de

der Gesellschaft mit ihren Verwicklungen und Verwerfungen nicht ungehindert eindringen dürfen. Dieser Raum muss geschützt werden vor ideologischer Indoktrination und politischer Denunziation, und er legt umgekehrt denen, die in ihm unterrichten, eine besondere Verantwortung auf. In der alten Bundesrepublik hat der Beutelsbacher Konsens von 1976 den bis heute akzeptierten Rahmen gesetzt. Er verpflichtet in spartanischer Knappheit die Lehrer zur politischen Neutralität, nicht aber zur Wertneutralität, er lässt kontroverse Diskussionen über kontroverse Themen zu und er fordert – darüber könnte man streiten – die Lehrer zur einer „Orientierung an den Interessen der Schüler“ auf.

Ungleich weitschweifiger ist der Beschluss der Kulturministerkonferenz vom Oktober 2018

Dass die Schule die Grundrechte des Grundgesetzes zu vermitteln und zu beachten hat, versteht sich von selbst. Dazu bedarf es keines eigenen KMK-Beschlusses. Aber Grundrechte sind keine „Werte“. Überwölbt werden sie vom Leitwert der „Menschenwürde“. Wer daran rüttelt, begibt sich auf dünnes Eis. Für Verfassungsrechtler und Rechtsphilosophen ist der Stellenwert der Menschenwürde jedoch keineswegs so klar wie für Sonntagsredner und Leitartikler. Der wegen seines einschlägigen „Diktums“ zu Recht viel gelobte und – auch im KMK-Beschluss – gerne zitierte jüngst verstorbene Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde sprach kritisch von der „Menschenwürde“ als einem „Schleusenbegriff“, der dazu benutzt werde, Zeitgeist in das Rechtssystem einzuschleusen und das positive Recht auszuhöhlen. Diese Entwicklungen führen zunehmend dazu, dass sich Menschen oder Menschengruppen berechtigt sehen, im Namen höherer Werte geltendes Recht, zu dem, nebenbei gesagt, auch die Schulpflicht gehört, zu missachten, oft unter medialem Applaus und unter wohlwollender Duldung von Behörden und politischen Amtsträgern. Sie alle tragen damit zur Erosion des Rechtsstaats bei.

„Werte“ der Demokratie in der Schule zu vermitteln, ist schwieriger geworden in einer Zeit, in der interkulturelle Konflikte zunehmen und postmoderne Sirenenklänge einer radikalen Entwertung auch der grundgesetzlichen Wertordnung zugunsten dieser oder jener Mikrominoritätenrechte im öffentlichen, vor allem im akademischen Raum laut und lauter werden. Wer sich die aktuelle Wertefülle anschaut, könnte den Eindruck gewinnen, es seien Scharen von Wertemultiplikatoren unterwegs gewesen. Denn „Werte“ gibt es immer nur im Plural und in beliebig ausufernder Zahl. Ob sie aber tatsächlich immer einer historisch-kritischen Prüfung standhalten, steht auf einem anderen Blatt. Es könnte sich zeigen, dass es sich um inhaltsleere Modewörter handelt, die je nach tagespolitischer Aktualität und Opportunität kommen und gehen.

Da fällt es leichter, sich darauf zu einigen, was man nicht will. Der KMK-Beschluss enthält neben vielem anderen auch einen Lasterkatalog von Einstellungen und Verhaltensweisen, welche die Schule bekämpfen muss. Er reicht vom Antisemitismus über Fremdenfeindlichkeit bis zum politischen Extremismus. Dagegen wird man wenig sagen können, sofern man sich da-

rauf einigen kann, was jeweils gemeint ist. Und die Antwort darauf könnte lauten: „alles“.

Denn offenkundig haben die KMK-Autorinnen und Autoren sich bei einem Buch mit dem wuchtigen Titel „Rassismus“ bedient. Der Verfasser, ein Berliner Fachhochschulprofessor, kennt nicht nur 15 Einzelrassismen, sondern auch einen alles überwölbenden „strukturellen Rassismus“, von dem die Bundesrepublik Deutschland insgesamt betroffen ist. Zum „strukturellen Rassismus“ gehören potenziell die „Vergabe der Staatsbürgerschaft“, die „Regulierung der Einbürgerung“, die „Erteilung des Wahlrechts“ und überhaupt jede „staatliche Gesetzgebung, Normierung und Regulierung“. Jeder Lehrer, der sich an Gesetze, Normen und Regeln hält, steht damit qua Amt unter Rassismusverdacht. Zudem gibt es – doppelt hält besser – einen „institutionellen Rassismus“, von dem die Schule besonders betroffen ist, wenn sie etwa Schulpflichtempfehlungen gibt und damit die „weitere Lebenslaufbahn von Kindern rassifiziert.“

Das klingt abstrus und ist es auch. Aber solche Absurditäten haben inzwischen eine weite Verbreitung und eine hohe, weit über akademische Sektiererzirkel – die längst schon einen Schritt weiter sind – hinaus reichende Akzeptanz gefunden. Das Buch wird von der Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben, und offensichtlich hat es auch die KMK-Autoren nicht unbeeindruckt gelassen.

Warenwelt als Wertewelt: Jugend und Politik

Bemerkenswert wenig Gedanken macht man sich in der Kulturministerkonferenz darüber, wer es denn ist, der da für die Demokratie gebildet werden soll. Es liegt zunächst auf der Hand, dass sich das Problem der demokratischen Bildung am Reuchlin-Gymnasium in Ingolstadt anders darstellt als an der Sonnen-Grundschule in Berlin-Neukölln. Und auch die „Kinder und Jugendlichen“ sind nicht mehr die, die sie einmal waren. Die Meinungen darüber, wie „die Jugend“ heute zu Politik und Gesellschaft steht, gehen weit auseinander. Die einen zeichnen ein radikal negatives Bild einer selbstfixierten, narzisstischen, konsumorientierten und medienabhängigen Generation, eingehüllt in Filterblasen und Echokammern der permanenten Selbstbestätigung, der jede Anstrengung fremd geworden ist und der jedes Interesse am Gemeinwohl abgeht. Die anderen sehen hingegen eine besorgte Generation, die zwar mit den traditionellen Formen der politischen Beteiligung,

insbesondere den Parteien, wenig anzufangen weiß, die sich aber auf eigene Weise um das Gemeinwohl bemüht. Sie engagieren sich in Projekten für Geflüchtete, stellen sich den Feinden der Demokratie entgegen, und freitags demonstrieren sie gegen den Klimawandel, wenn sie nicht gerade Guerilla Gardening oder Containern betreiben.

Die eigentlichen demokratie- und politikrelevanten Veränderungen der jugendlichen Lebenswelt aber liegen tiefer und sind schwerer zu fassen. In der westlichen Wohlstands- und Überflusgesellschaft werden, so analysieren Soziologen und Kulturkritiker, die Sphären von Waren und Werten, von Konsum und Politik ununterscheidbar. Waren werden mit Werten behaftet, Konsumverhalten wird unmittelbar als politische Kompetenz gedeutet. Der jungen Generation gelingt es offensichtlich, zwanglos zusammenzubringen, was eigentlich nicht zusammengehört: Einen hedonistischen Lebensstil und politisches Engagement, Gemeinwohl und persönliches Befinden. Das passt zu dem Befund der Shell-Jugendstudien und einer Studie der Konrad Adenauer Stiftung – „Wo bitte geht's zum Generationenkonflikt?“ von 2013 –, nach der nicht nur Jugendliche sich erst dann für Politik interessieren, wenn sie persönlich betroffen sind.

Die Erlebniskultur wird zur Bekenntniskultur und umgekehrt. Der Kulturkritiker Wolfgang Ullrich sprach in seiner bedenkenswerten Analyse der „neuen Bekenntniskultur“ in seinem Buch „Wahre Meisterwerte“ von der „Wertethik als Wohlstandsfolge“. Der Kauf eines Apfels mit dem Aufkleber „Bio“, das Tragen eines kinderklavenarbeitsfrei produzierten T-Shirts, das Trinken von fair gehandeltem Kaffee – und sei er auch in Kapseln gepresst – wird zur politischen Handlung, die keines Gedankens, keines Arguments und keiner Begründung mehr bedarf, nur noch eines gut gefüllten Geldbeutels. In seiner jüngst erschienenen vielbeachteten Studie über die „Gesellschaft der Singularitäten“ hat der Kultursoziologe Andreas Reckwitz diese „Singularisierung“ von Dingen, aber auch von Ereignissen, Personen, Kollektiven, Räumen, Zeiten durch Wertbesetzung – „Valorisierung“ – bis in die letzten Verästelungen hinein beschrieben.

Politisches Handeln wird dadurch inhaltlich entkernt, zur ethischen Bekenntnisgeste. Die rhetorischen Routinen des aktuellen Politikbetriebs



Das Bilinguale (deutsch-englisch) Gymnasium Phorms München ist ein staatlich anerkanntes Gymnasium im gebundenen Ganztags. Das Gymnasium bildet gemeinsam mit der staatlich anerkannten Bilingualen Grundschule Phorms München sowie dem Bilingualen Kindergarten PhorMinis München den Phorms Campus München (650 Schüler und ca. 110 Mitarbeiter).

Wir suchen zum 1. August 2020 eine engagierte und verantwortungsbewusste Führungspersönlichkeit für die Position der

SCHULLEITUNG (gn*)

**pädagogische Gesamtleitung des Schulcampus
sowie Leitung des Gymnasiums**

Ihr Profil

- Befähigung für das Lehramt an Gymnasien in Bayern oder eine vergleichbare Lehrbefähigung, die in Bayern anerkannt wird
- einschlägige Berufserfahrung in der Schulleitung eines Gymnasiums sowie in der Personalführung und im Umgang mit schuladministrativen Aufgaben
- langjährige pädagogische Erfahrung und fundierte Kenntnisse in Bezug auf die rechtlichen Rahmenbedingungen des bayerischen Schulsystems
- teamorientierter und motivierender Führungsstil
- Interesse an der Arbeit in einem internationalen Team
- Auslandserfahrung im Rahmen der beruflichen Laufbahn idealerweise vorhanden

Ihre Aufgaben

- pädagogische und organisatorische Leitung des Gymnasiums einschließlich der Abschlussprüfungen (bayerisches Abitur und IB Diploma) sowie pädagogische Gesamtleitung des Standortes
- Steuerung der Qualitätssicherung sowie der Schulentwicklung für den gesamten Schulcampus
- Führungs- und Personalverantwortung für das deutsch- und englischsprachige Lehrpersonal
- Zusammenarbeit mit den Schulgremien und mit außerschulischen Partnern, insbesondere mit den Aufsichtsbehörden

Unser Angebot

- ein facettenreiches Aufgabengebiet mit Handlungs- und Gestaltungsspielräumen
- ein international geprägter Schulcampus mit familiärem Charakter und einer herzlichen und offenen Arbeitsatmosphäre
- eine modern ausgestattete Schule mit kleinen Klassen im Herzen von München
- eine sehr attraktive und marktgerechte Vergütung mit zusätzlichen Arbeitgeberleistungen

Für verbeamtete Kandidat/-innen besteht grundsätzlich die Möglichkeit der Beurlaubung aus dem staatlichen Gymnasialdienst.

Wenn akademischer Anspruch und Freude am Lernen für Sie keinen Widerspruch darstellen und Ihnen die Förderung von Kindern und Schülern am Herzen liegt, dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung über unsere Website unter jobs.phorms.de.

Für erste Informationen wenden Sie sich bitte an careers@phorms.de oder telefonisch unter **089 324 93 37 17**.

*geschlechtsneutral



bauen darauf auf: Schüler werden aufgefordert, „Haltung“ zu zeigen, „Respekt“ zu bezeugen, „ein Zeichen“ zu setzen. Diese Bekenntnisgesten sind hohl, heute können sie dieser Sache dienen und morgen jener. Wer etwa die Begriffsgeschichte der „Haltung“ weiter zurück, bis ins „Dritte Reich“ hinein, verfolgt, wird ins Grübel geraten.

Erst lernen, dann denken, dann sprechen

Von den Schülerinnen und Schülern eines Gymnasiums, eines bayerischen zumal, darf man mehr und anderes erwarten. Die Absolventen der Gymnasien müssen sich verstehend und gestaltend in komplexen Symbolwelten bewegen können; sie müssen so gebildet und ausgebildet werden, dass sie ihrer Verantwortung in den Schlüsselpositionen, die sie einmal in Wirtschaft, Politik, Verwaltung, akademischen und Medienberufen haben werden, auch entsprechen können.

Dazu müssen sie erst einmal etwas wissen. Eine der wichtigsten Säulen der Demokratieerziehung ist die politische und historische Bildung: Staatsbürger müssen wissen, wie der demokratische Rechtsstaat funktioniert, sie müssen seine Institutionen und Verfahren kennen, seine Einbindung in internationale Verflechtungen und die Mechanismen von Macht und Herrschaft. Von Gymnasialschülern wird man zudem erwarten dürfen, dass sie mit der politischen Ideengeschichte und Theoriediskussion hinreichend vertraut sind. Dass auch die Erinnerung an den Nationalsozialismus und die auf sie gegründeten unabwiesbaren Wertvorstellungen der bundesrepublikanischen Demokratie auf Wissen gegründet sein müssen, ist eine Einsicht, die im Zuge erlebnispädagogischer Holocaust Education verloren zu gehen droht.

Es kommt noch einiges hinzu. Jede politische Meinungsbildung setzt inzwischen solides mathematisches und naturwissenschaftliches und auch wirtschaftswissenschaftliches Grundwissen voraus. Inzwischen gilt es als politisches Engagement, wenn Schüler dem Beispiel einer 16-jährigen Schwedin folgen und freitags während der Unterrichtszeit gegen den Klimawandel protestieren. Das Klima wird sich schwerlich davon beeindrucken lassen. Nachhaltiger wäre es wahrscheinlich, wenn die Schüler samstags demonstrierten und freitags mit ihren Lehrern die naturwissenschaftlichen und mathematisch-statistischen Grundlagen erarbeiteten, um über die Faktenbasis und die Modellrechnun-

gen zum Klimawandel sachkundig mitreden zu können.

In jüngerer Zeit häufen sich die Beschwörungen des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“. Vielleicht wird es bald so sein, dass auch die deutschen Universitäten nach angelsächsischem Vorbild als „safe space“ gestaltet werden, in dem die Studenten sicher sein können, nicht diskriminiert, beleidigt oder durch irgendwelche Anforderungen belästigt zu werden. Aber die moderne Gesellschaft ist kein „safe space“, und die Schule tut gut daran, wenn sie ihre Schüler darauf vorbereitet. Der Kern der Demokratie, Ralf Dahrendorf, der Grandseigneur der demokratisierten Bildungspolitik in den 1960er Jahren, hat darauf beharrt, ist nicht der „Zusammenhalt“, sondern der Konflikt, der Streit um Interessen, um Werte und um Lebensformen.

Wichtiger als eine eigene Meinung zu haben, ist in der Demokratie deshalb die Fähigkeit, sie begründen, mit Argumenten verteidigen und die Argumente anderer abwägen zu können. Aber man hat den Eindruck, dass eine ganze Generation das Argumentieren verlernt hat, weil ihr das, was sie für richtig hält, nicht mehr begründungsbedürftig erscheint. So ist es aber nicht. Das rationale Argument macht vor den Prämissen der Moral nicht halt. Denn auch Moral ist, darauf hat Julian Nida-Rümelin zu Recht hingewiesen, rational begründbar; und in einer Zeit, in der sich die „Werte“ konflikthaft vervielfachen, steigt diese Begründungsbedürftigkeit. Hierzu bedarf es keiner „Haltung“ und keiner „Zivilcourage“, sondern nur des vielleicht doch noch größeren Mutes, sich des eigenen Verstandes zu bedienen, wie es an prominenter Stelle – nicht im KMK-Beschuss – heißt. Das setzt freilich voraus, dass man einen hat und dass man weiß, wie man sich seiner bedient.

Dafür ist die Schule da.

Und schließlich: Wer mitreden will, muss sprechen können. Politisches Handeln ist sprachliches Handeln. Die große, immer etwas sperrige Philosophin Hannah Arendt hat auf diesen bis in die Antike zurückreichenden Befund die gesamte politische Theorie gegründet. Auch wenn man glaubt, Sprache durch Zahlen ersetzen zu können, durch Statistiken, Meinungsumfragen, Grenzwerte und Klimaziele, so ändert das nichts daran, dass auch diese Zahlen begründet, gedeutet und bewertet werden müssen. Hier eröffnet sich der Schule ein weites Feld.

Die Gymnasien, auch die bayerischen, verzichten, so sieht es aus, zusehends mehr darauf, ihre Schüler mit den Ausdrucks- und Differenzierungsmöglichkeiten vertraut zu machen, wie sie die komplexe deutsche Standardsprache bietet. Dass schlichtes Englisch, ein steriles „Weltenglisch“, wichtiger sei als gutes Deutsch, gehört heute wohl zum Grundkonsens der Verständigung über „Studierfähigkeit“. So entlassen die Gymnasien seriell Abiturienten an die Universitäten, die durch die deutsche Sprache stolpern wie durch unwegsames Feindesland.

„Sprache“ heißt mehr als Verschlüsselung und Entschlüsselung von Informationen, wie die Pisa- und Iglu-Studien höchst erfolgreich haben glauben machen können. Sprache hat kommunikative und diskursive, emotionale und soziale, ästhetische und rhetorische Facetten. Von der Fähigkeit zum Sprachgebrauch hängt die Qualität sozialer Beziehungen ab, und sie ist auch die Voraussetzung für die Politik und Demokratiefähigkeit der nachwachsenden Generation. Die Vermittlung der Fähigkeit, nicht nur korrekte, sondern auch komplexe Sätze zu schreiben, mit ihnen einen Sachverhalt klar auszudrücken, Gedanken zu entfalten, eine Argumentation zu entwickeln, die richtigen Wörter zu finden, die angemessene Stilebene zu erkennen und, das vor allem, in der sprachlichen Formulierung von den eigenen Erlebnissen Abstand zu gewinnen, gehört zu den Kernaufgaben der Schule.

In der Summe: Fachliches Wissen, rationales Denken und ein differenziertes Sprachvermögen sind die Grundlagen der demokratischen Bildung, welche das Gymnasium zu vermitteln den Ehrgeiz haben sollte.

„Demokratie braucht Bildung“

Als das Bundesverfassungsgericht 1958 in seinem berühmten Lüth-Urteil von der „objektiven Wertordnung“ sprach – der KMK-Beschluss beruft sich darauf –, die sich in den einzelnen Grundrechten „verkörpern“, hat es die Juristen vor ein bis heute ungelöstes Rätsel gestellt. Denn es hat klugerweise darauf verzichtet, diese „Wertordnung“ positiv zu benennen. Kulturhistoriker aber wissen, worum es geht. Sie wissen, dass eine „Wertordnung“ zwar nicht gerade „objektiv“, aber doch immerhin von langer Dauer und Gültigkeit ist, wenn sie ihren Sitz im Leben einer Gesellschaft hat. Nach Lage der Dinge kann diese „Wertordnung“ in der Bundesrepublik Deutschland nur der Wertehorizont der antiken, jüdisch-christlichen und

aufklärerischen europäischen Kulturtradition sein. Die europäischen Demokratien sind kulturellen Traditionen verpflichtet, politischen wie vopolitischen, und aus ihnen ergeben sich Forderungen an das Verhalten des einzelnen. Der Kern von Bildung, von Schule und Unterricht, ist die Einbindung in kulturelle Wertsysteme, die in spezifischen Traditionen und Bedürfnissen verwurzelt sind. Denn die Pariser „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ vom 10. Dezember 1948 liest sich am Ende doch anders als die „Kairoer Erklärung der Menschenrechte“ von 1990.

Die Deggendorfer Festveranstaltung machte sinnfällig deutlich, auf welcher „Bildung“ die „Demokratie“ am Ende aufruht. Sie zeigte, wie die „kulturelle Identität“ aussieht, die nach den Wunschvorstellungen des G8-Lehrplans den Schüler „seiner selbst sicher“ und ihn „zur gesicherten Urteilsbildung“ befähigen soll: Auf dem Programm des Festakts standen der englische Barockkomponist Henry Purcell, der Budapester Lajos Bárdos, ein Kind des 20. Jahrhunderts, ebenso wie der Lette Ēriks Ešenvalds und der in Baden-Württemberg lebende Banater Rumäne Franz Watz, der unter dem Pseudonym Joe Grain komponierte, und schließlich der italienische Barockkomponist Claudio Monteverdi. Vorgetragen wurden die Werke vom Gemischten Chor und dem Bläserensemble des 1723 gegründeten St.-Gotthard-Gymnasiums der Benediktiner Niederalteich mit der Solistin Leonie Wilhelm, die mit ihrem Vortrag von Ešenvalds' „Only in sleep“ nicht nur den Kultusminister beeindruckte.

Hier wurde die „kulturelle Identität“ Europas lebendig. Das war nicht das Europa der Tageszeitungen und Abendnachrichten, des Brexit und der EZB, sondern Europa als eine vielfältige und dynamische Kulturlandschaft. Sie hat ihre eigenen Wertvorstellungen hervorgebracht, die weiterzugeben eine der großen Aufgaben des bayerischen Gymnasiums ist.

Damit wäre wohl der Demokratie am besten gedient. ■



Liebe Leserin, lieber Leser,

es gibt Lehrer, an die erinnern sich Schüler ein Leben lang. Weil sie ihnen die Begeisterung für ihre Fächer weitergaben, ihre Schüler zu persönlichen Höchstleistungen motivierten, ihnen aufmerksam zuhörten und mit echter Wertschätzung begegneten. Auch Jochen Niklas (Foto), Pädagoge am Dürer-Gymnasium in Nürnberg, machte diese Erfahrung. Sein damaliger Deutschlehrer begeisterte den heute 43-Jährigen so sehr, dass er selbst Lehrer wurde. „Der coolste Beruf der Welt“, wie Jochen Niklas resümiert. Im Rahmen des **Themenschwerpunkts „Lehrer sein“** sprach die GiB-Redaktion mit dem Deutsch-, Geschichts- und Geographielehrer über seinen Berufsalltag, was ihn dabei besonders herausfordert und welches einmalige Ereignis ihn nachhaltig berührt hat (ab Seite 20).

Außerdem im Themenschwerpunkt: Wie Humor durch den Arbeitsalltag hilft, Tipps für eine erfolgreiche Klassenführung, Ideen für eine gelingende Erziehungspartnerschaft mit Eltern und die „Skizze einer neuen Pädagogik und Didaktik des Lernens“ im Zeitalter der Digitalisierung.

Kurz vor der **Europawahl** – vom 23. bis 26. Mai wird ein neues Europäisches Parlament gewählt – haben wir zudem Ideen gesammelt, wie Sie das Thema in Ihren Unterricht einbauen können (ab Seite 54). Und Prof. Dr. Peter J. Brenner vom Institut für Medienevaluation, Schulentwicklung und Wissenschaftsberatung widmet sich in dieser Ausgabe der Frage, welche Bildung die Demokratie braucht, damit sie stabil bleibt und sich weiterentwickeln kann (ab Seite 10). Ausgesprochen lesenswert!

Viel zu berichten gibt es diesmal auch aus dem Verband: Von Schwaben bis Oberfranken fanden die traditionellen **Frühjahrsversammlungen und Ehrungen** statt. Und die Referendar- und Jungphilologenvertretung ging zeitgleich in Klausur. All das ab Seite 41.

Eine spannende Lektüre!

Herzlichst, Ihre

Maria-Rosa Guth

Maria-Rosa Guth

Verantwortl. Redakteurin

Das Gymnasium in Bayern



Ausgabe 4-2019

Die Zeitschrift des Bayerischen Kulturbildungsministeriums
für Gymnasien und Berufliche Oberschulen (BOS)

Lehrer sein
„Der coolste Beruf
der Welt“

Themenschwerpunkt
Lehrer sein

Demokratie braucht Bildung –
aber welche?

Europawahl Ideen für
Ihren Unterricht